Tarifrunde Stahl 2023

Toller Streik, mageres Ergebnis!

© 2024

Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung	S. 2
2.	8,5 % mehr und 32-h-Woche	S. 3
3.	Die Ablehnung der Kapitalisten	S. 4
4.	Mehr als ein Problem	S. 5
5.	Stimmungen	S. 8
6.	Die Taktik des AGV Stahl	S. 8
7.	Die Taktik der IG Metall NRW	S. 10
8.	Der 24-h-Streik: eine intelligente Kampfform	S. 13
9.	Der Streik in anderen Stahlbetrieben	S. 15
10.	Mageres Ergebnis und scharfe Kritik	S. 16
11.	Weg mit den SPD-Lohnleitlinien!	S. 18
12.	TK Aufsichtsrat: Zuckerbrot und Peitsche	S. 19
13.	Lotta continua — Der Kampf geht weiter!	S. 19
14.	Die *was tun* bei Thyssenkrupp Steel	S. 21

1. Ein toller Streik, aber kein erfolgreicher Kampf

Die Stahltarifrunde 2023 war kämpferischer als die vorhergehenden Tarifrunden, aber mager im Abschluss. Der Streik der Stahlarbeiterinnen und Stahlarbeiter brachte weder einen vollen Ausgleich der Inflationsverluste, noch erreichte er eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung auf 32 Stunden. Die Chance, das zurückzuholen, was wir verloren haben, wurde vertan, der Einstieg in die 4-Tage-Woche verpasst. Das lag an den Widerständen der Kapitalisten, vor denen die IGM-Verhandlungskommission und die hinter ihr stehende IG Metall-Bezirksleitung NRW klein beigaben. Aus unserem tollen Streik wurde kein erfolgreicher Kampf. Die Stahlarbeiterinnen und Stahlarbeiter hätten zur Avantgarde im Kampf um eine Arbeitszeitverkürzung werden können, wenn sie die 4-Tage-Woche bzw. 32-h-Woche zum Thema aller 42 Millionen Lohnabhängigen im ganzen Land gemacht hätten.

2. 8,5 % mehr und 32-h-Woche

Die Forderung der IG Metall nach 8,5 Prozent mehr Entgelt war durchaus bescheiden: Die Tariflöhne lagen im September 2023 real vier Prozent unter denen von 2015 (SZ 11.12.23). Die Preissteigerungen von 2021 und 2022 konnten mit 8,5 Prozent nicht ausgeglichen werden.
Die Forderung nach 8,5 Prozent mehr Entgelt sollte die Inflation ausgleichen. Sie sollte eine Tariferhöhung bewirken. Niemand forderte eine Inflationsausgleichsprämie anstelle einer Tariferhöhung. Auch dem Wortlaut nach handelte es sich bei der Inflationsausgleichsprämie um „zusätzliche(n) Zahlungen der Unternehmen“ von bis zu 3.000 Euro frei von Steuern und Sozialversicherungsabgaben (https://www.bundesregierung.de/). Zusätzlich zur Tariferhöhung und nicht zur Vermeidung einer Tariferhöhung. Doch es kam anders.

Ausgehend von der IGM-Bezirksleitung NRW wurde auch die Einführung der 4-Tage-Woche diskutiert. Konkretisiert wurde sie als ´32-h-Woche bei vollem Lohnausgleich`. Die Forderung kam von oben und nicht von unten von den Vertrauensleuten wie z.B. die nach der 35-h-Woche vor dem Stahlstreik 1978/79. Die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung war positiv, weil sie auf neue Bedürfnisse von Jüngeren und Angestellten nach mehr Freizeit einging. Sie wollen nicht mehr leben, um zu arbeiten, sondern arbeiten, um zu leben. Die Forderung der 32-h-Woche gab auch eine Antwort auf die Umstellung der Stahlindustrie auf Direktreduktionsanlagen, die zu Rationalisierung und Wegfall von Arbeitsplätzen führen kann. 32-h-Woche bei vollem Lohnausgleich ist der gemäßigte Ausdruck eines radikalen Prinzips.

Zu Beginn einer Wirtschaftskrise war die Situation für einen Kampf nicht gerade günstig. Die IG Metall-Bezirksleitung NRW, für die Knut Giesler die Verhandlungen im Tarifgebiet Stahl Nordwest führte, hatte den besten Zeitpunkt für die Durchsetzung eines Inflationsausgleichs und einer Arbeitszeitverkürzung bereits verpasst. Der war im Stahlboom 2022 und nicht Ende 2023 in einer Wirtschaftskrise.

3. Die Ablehnung der Kapitalisten

Der Arbeitgeberverband Stahl addierte 8,5 % Entgelterhöhung und 8,6% Lohnausgleich zu einer Forderung von 17,1 Prozent. Eine solch hohe Gesamtforderung wollten die Stahlkapitalisten nicht akzeptieren. „Angesichts einer zu erwartenden Inflation von unter 3 % sei zudem die Entgeltforderung von 8,5 % völlig aus der Zeit gefallen“, gaben die hoch bezahlten Vertreter des Arbeitgeberverbandes Stahl in der Tarifverhandlung am 13.11.23 von sich (Presse AGV Stahl).

Selbstverständlich lehnte der AGV Stahl eine weitere tarifliche Arbeitszeitverkürzung ab. Die Einführung der 4-Tage-Woche führe zu einer „exorbitanten Kostensteigerung“, „zu einer Verschlechterung der Wettbewerbsposition“ und „gefährdet damit Arbeitsplätze“.

Warnstreik und Kundgebung vor Tor 1

Zudem musste die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung wegen des Fachkräftemangels auf den massiven Widerstand aller Kapitalisten, ihrer Politiker und ihrer Medien stoßen. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats der Thyssenkrupp AG, der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) Siegfried Russwurm, und der Vorsitzende des Aufsichtsrats der Thyssenkrupp Steel Europe AG, ex SPD-Wirtschaftsminister Siegmar Gabriel, forderten lange vor der Tarifrunde Stahl eine Verlängerung der Wochenarbeitszeit auf 42-Wochenstunden.

Das Institut der Deutschen Wirtschaft, gesponsert von Russwurms BDI, ließ dienstbeflissen verlauten: Hochöfen müssten bei einer 4-Tage-Woche die Schichten neu organisieren. Eine Arbeitszeitverkürzung steigere nicht die Produktivität und erhöhe die Kosten. „Das könnte im schlechtesten Falle Betriebsschließungen, Verlagerungen, Verzicht auf Lohnzuwächse oder Entlassungen zur Folge haben“ (Tagesschau 06.04.23).

Die Mittelstands- und Wirtschaftsunion der CDU und die FDP waren ebenfalls gegen die 4-Tage-Woche. Und für Kanzler Olaf Scholz (SPD) gehen zu viele Menschen zu früh in Rente.

Wir Stahlarbeiterinnen und Stahlarbeiter standen also nicht nur den Stahlkapitalisten, sondern der ganzen Kapitalistenklasse d.h. der Bourgeoisie gegenüber. Das war Klassenkampf. Ohne Streik waren unsere Forderungen nicht durchzusetzen.

4. Mehr als ein Problem

Bei der Thyssenkrupp Steel, die zur Thyssenkrupp AG (TK AG) gehört, geht es nicht nur um mehr Lohn und kürzere Arbeitszeit. Dort stehen wir vor mehr als einem Problem:

■ Den Verkauf von mindestens der Hälfte der Anteile der Thyssenkrupp AG durch die Thyssenkrupp Steel an den Finanzinvestor Křetínský. Der ist kein Stahlkapitalist, sondern Finanzinvestor. Er kann auch billigen Strom liefern - aus dreckigen Braunkohlekraftwerken (FAZ 30.09.23). Bekommt Křetínský mit einem Einstieg bei TK-Steel Zugriff auf staatliche Investitionen von zwei Mrd. Euro in grünen Stahl? Übernimmt der Finanzkapitalist die Hälfte der 3 Mrd. Euro Pensionsverpflichtungen und kriegt dafür die TKS für 1 Euro geschenkt? IGM / Betriebsrat „lehnen eine Übernahme durch Kretinsky nicht grundsätzlich ab“ (Stahlnachrichten 09.10.23). Wir schon!

■ Mit der Doppelstimme des Vorsitzenden des Aufsichtsrates der TK AG Siegfried Russwurm (Bundesverband der Deutschen Industrie) übergingen die Kapitalvertreter und der TK-Vorstandsvorsitzende López Borrego die Arbeitnehmerbank im Aufsichtsrat. Gegen deren NEIN wird der TK-Vorstand von drei auf fünf Mitglieder erweitert. Gibt es in 320 Unternehmen von Thyssenkrupp nicht viel zu viele Vorstandsmitglieder, Geschäftsführer und Prokuristen? Das NEIN der IG Metaller im Aufsichtsrat zur Erweiterung des TK-Vorstandes war völlig richtig! Leider stimmt die Arbeitnehmerbank im TK-Aufsichtsrat fast nie mit NEIN gegen irgendeine Entscheidung. Jüngstes Beispiel: Warum genehmigte der Aufsichtsrat einstimmig 93 Millionen Euro Dividende an die Aktionäre, wenn der Staat fast 2 Mrd. Euro für die Grüne Transformation bei TK-Steel aufbringen soll?

■ Bekanntlich hob das Bundesverfassungsgericht auf Antrag der CDU/CSU-Fraktion im Bundesstag das Zweite Nachtragshaushaltsgesetz 2021 auf. Damit stehen dem „Klima- und Transformationsfonds“ (KTF) 60 Mrd. Euro weniger zur Verfügung. Der Fonds schrumpft von 102,6 Mrd. Euro auf 42,6 Mrd. Euro. 45 Unternehmen wollten mit Hilfe der KTF-Milliarden ihre Produktion auf CO2-freie Energieträger umstellen. Darüber hinaus hieß es: „Für die Förderung der Energiewende, des Klimaschutzes und der Transformation sollen von 2024 bis 2027 insgesamt 211,8 Milliarden Euro zur Verfügung stehen“.

Durch CDU/CSU und Bundesverfassungsgericht ist die ganze grüne Transformation gefährdet. Ohne Staatshilfe ist die grüne Revolution von oben nicht möglich.

Mit der Sabotage der Grünen Transformation schaffte die CDU/CSU über das Bundesverfassungsgericht, wovon der Rechtsradikale Wilders in den Niederlanden noch träumt: Die Klimapolitik zu schreddern.

Einen zweiten Landschaftspark brauchen wir nicht!

■ Der wirtschaftliche Abstieg der EU in Konkurrenz zu den USA und zu China führt zu einer *sozialen Krise*. Die Regierung SPD-Grüne-FDP plant :

- ⇒ die Finanzierung des kapitalistischen Nachhol- und Modernisierungsbedarfs (z.B. 20 Mrd. Euro für Chipfabriken);
- ⇒ Den massiven Ausbau des militärisch-industriellen Komplexes (100 Mrd. Euro);
- ⇒ Die hausgemachte Sanktionspolitik gegen Russland soll den Kapitalisten verzuckert werden (z.B. 28 Mrd. Euro für stromintensive Unternehmen);
- ⇒ Die grüne Transformation staatlich zu fördern (geplant 212 Mrd. Euro 2024 bis 2027).

Das sind allein schon Geschenke für 360 Mrd. Euro an große Kapitalisten. Bezahlen sollen dafür die Mittelschichten z.B. Bauern, Ärzte, Apotheker, Spediteure, Restaurant- und Hausbesitzer. Bezahlen sollen auch die 42 Mio. Lohnabhängigen durch Lohnabbau über Inflation und eben durch Sozialkahlschlag.

Auf den Klassenkampf von oben müssen wir mit dem Klassenkampf von unten antworten. Eine kämpferische Tarifrunde konnte den Kapitalisten verdeutlichen: Bei der Transformation, beim Sozialabbau, beim Verkauf an Křetínský und beim Übergehen der IG Metall durch die Kapitalvertreter habt ihr mit der Arbeiterklasse zu rechnen.

5. Stimmungen

Wie alle Lohnabhängigen wurden wir bei Thyssenkrupp Steel Hamborn-Beeckerwerth von der Inflation schwer getroffen. Die Bereitschaft war da, für eine hohe Lohnforderung zu kämpfen.

Etwas anders sah es mit der Forderung nach Arbeitszeitverkürzung auf 32 Wochenstunden aus. Da sie von oben, von der IGM-Bezirksleitung kam, war sie weder bei den IGM-Vertrauensleuten, noch bei den IGM-Mitgliedern ausreichend diskutiert worden. Die Forderung war neu und kam überraschend. Für die meisten von uns stand eindeutig eine hohe Lohnforderung und nicht die Arbeitszeitverkürzung im Mittelpunkt.

Wir Stahlarbeiter und Stahlarbeiterinnen zeigten mit mehreren großen Mobilisierungen und durch Warnstreiks unsere Bereitschaft, auf die Straße zu gehen. Wir sind bestens über die Probleme informiert, die zu bewältigen sind. Jede neue Nachricht, die direkt oder indirekt Thyssenkrupp Steel, Thyssenkrupp, die Stahlindustrie oder die Transformation der Industrie betrifft, wird verbreitet und diskutiert. Es fehlt nicht an Informationen. Im Gegenteil ist es manchmal schwierig, in der Informationsflut nicht unterzugehen.

6. Die Taktik des AGV Stahl

Auf einer Kundgebung vor Tor 1 bei Thyssenkrupp Steel in Duisburg-Bruckhausen protestierten am 5. Dezember etwa eintausend Kolleginnen und Kollegen gegen das mickrige Angebot des Arbeitgeberverbandes Stahl von 3,1 % mehr Entgelt. Der AGV Stahl lehnte „weiterhin eine generelle, von der Transformation unabhängige Arbeitszeitverkürzung auf 32 Stunden/Woche bei vollem Lohnausgleich

kategorisch ab“ (Pressemitteilung Arbeitgeberverband Stahl vom 07.12.2023). „In diese Absage der Stahlkapitalisten an die 32-h-Woche lässt sich eigentlich nicht viel hineininterpretieren“, so die Einschätzung der *was tun* (www.riruhr.org, Hamborn 09.12.2023).

In der 4. Verhandlungsrunde am 11./12.12.23 bezeichnete der Arbeitgeberverband Stahl unsere Forderung nach 8,5 Prozent als „völlig verantwortungslos“. Zur Begründung mussten die „drohende Wirtschaftskrise“ und die angeblich eingeschränkten finanziellen Möglichkeiten der Stahlkonzerne herhalten. Der AGV Stahl bot an: „Beschäftigungssichernde Maßnahmen“ und „Flexibilisierung der wöchentlichen Arbeitszeit nach oben und nach unten“ sollten über einen „Transformationstarifvertrag zur Beschäftigungssicherung“ möglich sein.

Doch der Transformationstarifvertrag sollte nur gelten, „wenn und soweit sich ein Unternehmen konkret in der Transformation befindet“. Demnach wären viele Kolleginnen und Kollegen der nordwestdeutschen und ostdeutschen Stahlindustrie von einem gemeinsamen Tarifvertrag, für den wir kämpfen, ausgeschlossen.

Der AGV Stahl lehnte unsere Forderungen eindeutig ab. Da war nur mit Streik nachzuhelfen.

Warnstreik und Kundgebung vor Tor 1

7. Die Taktik der IG Metall NRW

Die IGM-Bezirksleitung NRW, deren Bezirksleiter Knut Giesler die Verhandlungskommission anführte, hatte die Forderung nach 32-h-Wochenarbeitszeit bei vollem Lohnausgleich (4-Tage-Woche) in der IG Metall von oben nach unten lanciert. Wahrscheinlich ging auch die IGM-Bezirksleitung NRW von schwierigen Tarifverhandlungen aus. Sonst hätte sie nicht eine besondere Streiktaktik entwickelt: Warnstreiks im Betrieb, Kundgebung vor dem Tor, eine Stunde früher nach Hause und eine Stunde später anfangen, onlinestreik, 24-Stunden-Streik, Urabstimmung über Streik, unbefristeter Streik.

Aber die IGM-Bezirksleitung NRW ignorierte die politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Weder hatte sie die Wirtschaftskrise im Blick, noch waren ihr die massiven Widerstände der Kapitalisten, der Regierung und der bürgerlichen Parteien gegen eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung klar.

Das prägte die IGM-Verhandlungstaktik. So versuchte Giesler zum Beispiel, die Stahlmanager mit der Argumentation zu überzeugen, mit einer kürzeren Arbeitszeit seien Fachkräfte für die Stahlindustrie zu gewinnen. Das war branchenborniert, denn es bedeutete, Fachkräfte aus anderen Branchen abzuwerben. Das hatte im Sommer 2023 Thyssenkrupp Steel mit einer Werbekampagne im ganzen Ruhrgebiet versucht. Wir dachten bisher, Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter streben eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung für alle Kolleginnen und Kollegen in allen Branchen an.

Satire auf die TK-Werbekampagne, wt 14.06.23

Obwohl die Vertreter des AGV Stahl bei einem „kategorischen“ NEIN zu einer allgemeinen Arbeitszeitverkürzung blieben, sprach Knut Giesler nach der 3. Verhandlungsrunde von einem „Umdenken“. Die IGM-*stahlnachrichten* vom 7. Dezember schrieben: „Arbeitgeber bewegen sich bei der Arbeitszeitverkürzung“. „Wie man in einer „kategorischen“ Ablehnung ein „Umdenken“ und „sich bewegen“ bei der 32-h-Woche sehen kann, blieb ein Rätsel (www.riruhr.org., Hamborn, 09.12.2023).

In der 4. Verhandlungsrunde verständigten sich die IG Metall und der AGV Stahl recht schnell bei den Punkten Altersteilzeit, Werkverträge und Beschäftigungssicherung. Auch bei der Arbeitszeitverkürzung kamen beide Seiten „extrem weit“. Wenn wir die Aussagen des NRW -IGM-Bezirksleiters und Leiters der IGM-Verhandlungskommission, Giesler, im Stahl-Tarif-Talk richtig verstanden haben, kamen die IGM-Verhandler bei der Arbeitszeitverkürzung deshalb „extrem weit“, weil sie dem AGV Stahl extrem weit entgegenkamen.

Die IGM-Bezirksleitung hatte schon vor Beginn der Tarifrunde nur vom `Einstieg´ in die 32-h-Woche geredet. Sollte jetzt der ´Einstieg` nicht einmal für alle Kolleginnen und Kollegen gelten? War nur für „sehr belastete“ Kolleginnen und Kollegen, denen wir natürlich jede Arbeitszeitverkürzung gönnen, der ´Einstieg` in die 32-h-Woche geplant?

Beim Entgelt lautete das neue Angebot der Stahlkapitalisten 3,5 Prozent ab 01.07.24 für 12 Monate (vorher 3,1% für 15 Monate) plus 1000 Euro Inflationsausgleich. Das war kaum mehr als vorher. Die IGM-Verhandlungskommission konnte und wollte das nicht akzeptieren und ging.

Auf die Verhandler des AGV Stahl musste das Entgegenkommen der IGM bei der Arbeitszeitverkürzung nicht den beabsichtigten, sondern den entgegengesetzten Eindruck machen. Sie sagten sich: ´Wenn schon am Anfang der Verhandlung die IG Metaller auf ein Volumen von fast 8,6 % für die Arbeitszeitverkürzung verzichten, weil wir kategorisch eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung ablehnen, dann werden wir sie auch bei der Entgelterhöhung klein kriegen`. So boten sie kaum mehr als vorher an. Deshalb waren sie auch „angepisst“, als die IG Metall die Verhandlung abbrach.

Nachdem sie sich bei der Forderung nach der ´32-h-Woche für alle` schon mehr als kompromissbereit gezeigt hatte, konnte die IGM-Verhandlungskommission dem AGV Stahl nicht auch noch beim Entgelt so weit entgegenkommen. Die Entscheidung zum Abbruch der Verhandlungen erfolgte nicht etwa, weil die IGM-Verhandlungskommission so kämpferisch war, sondern weil sie das Opfer ihrer eigenen Verhandlungstaktik wurde.

8. Der 24-h-Streik: eine intelligente Kampfform

Der Spaltungsversuch der Stahlmanager des AGV Stahl bei der Arbeitszeitverkürzung war „kategorisch“ zurückweisen. 8,5 % mehr Entgelt und 32-h-Woche sollten für alle gelten und nicht nur für einige Auserwählte in der Grünen Transformation, an die die Stahlkapitalisten großzügig ein paar Weihnachtsgeschenke verteilten.

Posten im 24-h-Streik vor Tor 3

Auch wenn uns Stahlarbeitern der kämpferische Ruf vorauseilt, so hatte es in den letzten 45 Jahren keine Streiks gegeben, die über Warnstreiks und Kundgebungen hinausgingen. Der letzte Vollstreik für Arbeitszeitverkürzung im Stahlbereich war der große Stahlarbeiterstreik über Weihnachten und Neujahr 1978/79. Unsere Mütter und Väter schafften leider keinen Einstieg in die 35 Stunden-Woche. Nur noch Rentnerinnen und Rentner, die früher auf der Hütte waren, haben den Streik von 1978/79 miterlebt. Von den heutigen Beschäftigten der Stahlindustrie war damals niemand dabei. Viele frühere Erfahrungen fehlen uns heute.

Deshalb war gegen die Streiktaktik der IG Metall nichts Grundsätzliches einzuwenden. Wir mussten erst einmal in Bewegung kommen. Warnstreiks im Betrieb, Kundgebung vor dem Tor, eine Stunde früher nach Hause und eine Stunde später anfangen, onlinestreik für die im Homeoffice Befindlichen, vierundzwanzigstündiger Streik, Urabstimmung über Streik, unbefristeter Streik waren Stufen der Verschärfung des Tarifkampfes. Das war sinnvoll zur Mobilisierung. Ab Dezember beteiligten sich 18.000 Stahlkocher an Warnstreiks, am 24-h-Streik sogar 30.000 Kolleginnen und Kollegen.

Allerdings wollte die IGM-Bezirksleitung NRW keine Urabstimmung und keinen Vollstreik. Im Stahl-Tarif-Talk erklärte Knut Giesler, der 24-h-Streik sei ein Schritt zur Deeskalation, „um die völlige Eskalation zu verhindern“ d.h. die Urabstimmung und den unbefristeten Streik zu vermeiden. Ohne den 24-h-Streik hätte sonst, so seine Aussage, die Urabstimmung bereits beantragt werden müssen. Kämpferische Kolleginnen und Kollegen argumentierten genau umgekehrt: Für sie war der 24-h-Streik ein Warmlaufen für die Urabstimmung und den unbefristeten Streik.

Warnstreik und Kundgebung vor Tor 1

Die Eskalation der Tarifrunde durch die IG Metall war positiv. Die Deeskalation war es nicht. Die Eskalation von der Kundgebung am Tor 1 über die Warnstreiks an allen großen Toren hin zum 24-h-Streik war wichtig, um eigene, neue Streikerfahrungen zu sammeln. Dafür war der 24-h-Streik bestens geeignet.
Der 24-h-Streik als ein Höhepunkt unserer Aktivitäten ist eine intelligente Kampfform, die wir für die Zukunft mitnehmen können. Er ist auch eine Warnung an Russwurm und Křetínský: Legt euch nicht mit uns Stahlkochern an!

9. Der Streik in anderen Stahlbetrieben

Am 1.12. um 24 h beleuchteten Bengalos bei ArcelorMittal Eisenhüttenstadt Transparente wie „Heißer Stahl, heiße Herzen, heiße Kämpfe“. Am 5.12. traten dort 600 Kolleginnen und Kollegen in einen Warnstreik. Am 14.12. waren es dann 850 Kolleginnen und Kollegen, die vier Stunden die Arbeit niederlegten. Bei ArcelorMittal Bremen wurde am 14./15.12. für vierundzwanzig Stunden gestreikt.

Quelle: IGM Salzgitter-Peine, Foto: Heino Stumpe

Bei Salzgitter Flachstahl beteiligten sich am 30.11./1.12. rund 400 Kolleginnen und Kollegen am Warnstreik, am 8.12. standen schon 2000 und am 14.12. mehr als 3000 im Warnstreik. Die Streikbeteiligung stieg massiv an. Das magere Ergebnis der Tarifverhandlungen kann also nicht auf eine mangelhafte Beteiligung der Stahlkocherinnen und Stahlkocher geschoben werden. Ganz im Gegenteil: Die steigende Streikbereitschaft sendete das Signal aus: Wir können viel durchsetzen!

Das Ergebnis der westdeutschen Stahlindustrie wurde später in Ostdeutschland übernommen. Die Streiktaktik allerdings nicht. Einen 24-h-Streik gab es in Eisenhüttenstadt anscheinend nicht. Werden unsere ostdeutschen Kolleginnen und Kollegen sogar innerhalb der IG Metall bei der Streiktaktik nicht gleichbehandelt?

10. Mageres Ergebnis und scharfe Kritik

Das Ergebnis unseres tollen Streiks war mager:

- 3000 Euro Inflationsausgleich für 2024 sind keine Tariferhöhung.
- Flexibilisierung ist keine Arbeitszeitverkürzung.

Warnstreik vor Tor 3

3000 Euro Inflationsausgleichsprämie sind eine Einmalzahlung für 2024. Sie wird gezahlt als 1500 Euro und zehn Mal 150 Euro. Von Januar bis Ende September 2025 gibt es 5,5% Tariferhöhung. Die 3000 Euro sind zwar netto, aber nicht tabellenwirksam. Sie fließen nicht in unseren Tariflohn ein. Für Dezember 2024 gibt es weder eine Einmalzahlung noch eine Tariferhöhung. Die einzige Tariferhöhung gibt es für 2025. Das sind 5,5% von Januar bis September. Eine Tariferhöhung für 2024 gibt es nicht. Das ist herzlich wenig.

Die Laufzeit des Tarifvertrages ist viel zu lang. Wir wissen nicht, wie die Inflationsrate 2024 oder 2025 steigt. Aber die Sparbeschlüsse der Bundesregierung können die Inflation wieder anheizen. Beim Entgelt überzeugt der Stahl-Abschluss nicht. Es war mehr drin.

Bei der 32-h-Woche sieht es ganz mager aus. Die Stahlkapitalisten rechnen bei der Umstellung auf grünen Stahl mit gleichzeitigem Betrieb von Direktreduktionsanlage und Hochofen. Deshalb wurde für Betriebe in .Transformation eine Flexibilisierung nach oben oder unten von drei Stunden wöchentlich vereinbart. Brauchen die Vorgesetzten für den Parallelbetrieb mehr oder weniger Personal? Es bleibt dem Unternehmer überlassen, wie er die Flexibilisierung gestaltet.

Die Forderung 32-h-Woche bei vollem Lohnausgleich kam von Giesler. Jetzt gibt es weder die 32-h-Woche für alle, noch einen Einstieg für alle, noch einen vollen Lohnausgleich.

Den Abschluss fanden viele Kolleginnen und Kollegen enttäuschend. Die Kritik und auch die Wut sind heftig. Es gab Austritte aus der IG Metall und Rücktritte von Vertrauensleuten. Das sind individuell verständliche Reaktionen, die aber weder gemeinsamen Lösungen, noch eine Perspektive bieten.

Warnstreik vor Tor 3

Verdi vereinbarte am 09.12.2023 einen ähnlich strukturierten Abschluss für die Beschäftigten der Länder. Vor der Entscheidung der Tarifkommission gab es bei Verdi eine Mitgliederbefragung. Was tun schlug deshalb eine IGM-Mitgliederbefragung bei Stahl vor!

11. Weg mit den SPD-Lohnleitlinien!

Um den politischen Hintergrund der Tarifrunde Stahl zu verstehen, genügt ein Blick auf das Tarifergebnis für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Länder vom 09.12.2023. Er gleicht beim Entgelt in seiner Struktur dem Abschluss bei Stahl:

⇒ Inflationsausgleichszahlung in Höhe von 3.000 Euro: 1.800 Euro netto im Dezember 2023 + 120 Euro netto pro Monat von Januar bis Oktober 2024,

⇒ Entgelterhöhung 200 Euro Sockelbetrag pro Monat ab 1. November 2024 + 5,5 % ab 01.02.2025.

Schon beim Abschluss im März 2023 für die Kolleginnen und Kollegen der Post gab es für ein Jahr 3000 Euro Einmalzahlung als Inflationsausgleich verteilt bis März 2024 und ab 1. April 2024 Tariferhöhungen. Ähnlich beim Tarifabschluss für die Beschäftigten bei Bund und Kommunen im April 2023. Anders verteilt, aber strukturell ähnlich auch der Abschluss für die Kolleginnen und Kollegen der Textilindustrie vom April 2023 (vgl. Homepage IGM). Wie kommen beim Entgelt ähnlich strukturierte Tarifabschlüsse in so unterschiedlichen Branchen wie Stahl, Öffentlicher Dienst, Post und Textil zustande?

Zwar hoben die meisten Mitglieder der IGM-Tarifkommission Stahl Nordwest ihre Hand für den Abschluss (wo bleibt das Abstimmungsergebnis?), aber wahrscheinlich hatten frühzeitig SPD-Vertreter der Bundesregierung mit Funktionären der Unternehmerverbände und mit den SPD-Gewerkschaftsbürokraten die Struktur für Tariferhöhungen abgesprochen und festgelegt.

Nur die SPD hat den Einfluss auf die Gewerkschaftsvorstände, um eine solche Lohnleitlinie vorzugeben. Die aus der Arbeiterklasse hervorgehobene Gewerkschaftsbürokratie ist viel mehr dem Druck der Kapitalisten und der bürgerlichen Regierung SPD-Grüne-FDP ausgesetzt als dem der eigenen Gewerkschaftsbasis. Sonst wären so ähnliche Tarifabschlüsse undenkbar.

12. Nachklang TK Aufsichtsrat: Zuckerbrot und Peitsche

Die Erweiterung des Thyssenvorstands von drei auf fünf Mitglieder gegen das NEIN der Arbeitnehmerbank sorgt für einen ernsthaften Konflikt. Denn der stellvertretende Vorsitzende des Aufsichtsrates Thyssenkrupp ist auch der 2. Vorsitzende der IG Metall. Lässt der sich ein Übergehen durch die Kapitalseite bieten, ist er der Hampelmann - und die ganze IG Metall gleich mit.
Wir sollten López Borrego, Russwurm und ihre Berater nicht unterschätzen. Sie bieten die Erhöhung der Aufsichtsratsvergütungen um 40% als Zuckerbrot an und knallen mit der Peitsche gegen die Mitbestimmung, gegen Kerner und gegen die IG Metall. Für Russwurm und López Borrego geht es nicht um Mitbestimmung, sondern um den Verkauf der TK-Steel. Dafür brauchen sie das JA der IG Metall und der Arbeitnehmerbank. Und schon sagen Kerner und der IG Metall-Vorstand: „Wir sind nicht grundsätzlich gegen einen Verkauf der Stahlsparte“ und: „Erhalten Sie die Sozialpartnerschaft“ (TK-Info 2.2.24). Wir sagen: Wer als Betriebsrat über Verkaufsgespräche mit Kretinský nicht richtig informiert wird, erlässt eine einstweilige Verfügung! Wer als IG Metall übergangen wird, bettelt nicht um Mitbestimmung. Der schmeißt die Brocken.
Die Argumente der Arbeitnehmerbank für ihr NEIN lauteten: „Überall laufen Sparprogramme, die Performance soll erhöht werden. Der Druck ist maximal gestiegen“. An der Spitze des Konzerns heiße es „Wasser predigen und Wein trinken“ (WAZ 01.12.23). Alle Argumente der IG Metall gegen die Erweiterung des TK-Vorstands sprechen auch gegen die Erhöhung der Aufsichtsratsbezüge! Vor allem aber: Was sollen die IGM-Aufsichtsräte für die Erhöhung tun?

13. Lotta continua — Der Kampf geht weiter!

Nach unserem tollen Streik und dem mageren Abschluss kommt es darauf an, die Opposition im Betriebsrat neu aufzustellen. Die Wiederholung der Betriebsratswahl bei Thyssenkrupp Steel in Hamborn-Beeckerwerth bietet die beste Gelegenheit, mit geschlossener, vereinigter Opposition unsere Kritik am Abschluss deutlich zu machen. Die

Opposition hat eine einmalige Chance, wenn sie vereinigt ist. Sie sollte:

⇒ weiterhin den vollen Inflationsausgleich einfordern,

⇒ an der 32-h-Woche und einer generellen Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich festhalten,

⇒ die Ausgliederung und den Verkauf der Thyssenkrupp Steel aus der Thyssenkrupp Stahl AG strikt ablehnen,

⇒ für staatliche Finanzspritzen für grünen Stahl staatliche Anteile an der Stahlindustrie und eine Zahlung der Hälfte der Kosten durch die Stahlkapitalisten einfordern,

⇒ für grünen Stahl in öffentlicher Hand eintreten,

⇒ keine Lobbypolitik für billigen Strom der Industrie unterstützen, sondern die Wiederaufnahme der Erdgaslieferung aus Russland als Übergangsenergie fordern,

⇒ die Stahlkapitalisten nicht als Partner ansehen, sondern als Kapitalisten bekämpfen,

⇒ für neue Streikformen wie Onlinestreik und 24-h-Streik als Warmlaufen für Urabstimmung und Vollstreik eintreten,

⇒ Mitgliederbefragung und Abstimmung über jedes Verhandlungsergebnis einfordern,

⇒ positiv zur IG Metall stehen, aber scharf die IGM-Bürokratie und die sozialpartnerschaftlichen Berufsbetriebsräte kritisieren,

⇒ die Zersplitterung und Selbstlähmung der bisherigen Oppositionsversuche durch eine gemeinsame kämpferische Oppositionsliste zur neuen Betriebsratswahl bei TK-Steel überwinden,

⇒ ihre parteipolitische Unabhängigkeit bewahren,

⇒ dem Klassenkampf von oben den Klassenkampf von unten entgegensetzen,

⇒ gegen Sozialabbau protestieren,

⇒ gegen die AfD, von denen Funktionäre unsere Kolleginnen und Kollegen massenhaft ausweisen wollen, und die die von Menschen gemachte Klimakatastrophe und damit die Notwendigkeit von grünem Stahl leugnet, auf die Straßen gehen.

14. Die *was tun* bei Thyssenkrupp Steel

Die *Revolutionäre Initiative Ruhrgebiet (RIR)* ist eine kleine Gruppe, die seit zehn Jahren ihren Flyer *was tun* vor Thyssenkrupp Steel in Hamborn -Beeckerwerth, dem größten Betrieb im Ruhrgebiet, herausgibt.

Vor der Tarifrunde Stahl setzte *was tun* auf einen Vollstreik bei Stahl als einziger Möglichkeit, eine generelle Arbeitszeitverkürzung gegen den AGV Stahl, gegen alle Kapitalisten und ihre Verbände, gegen Bundes- und Landesregierung(en), gegen die bürgerlichen Parteien SPD, Grüne, FDP, CDU/CSU, AfD und bürgerliche Medien durchzusetzen.

Die Schwierigkeiten der Tarifrunde sahen wir im massiven Widerstand der Kapitalisten, im schlecht gewählten Zeitpunkt, in einer zögerlichen Vorbereitung und in einer politisch mit der SPD verbundenen IGM-Gewerkschaftsbürokratie. Waren aber die Forderungen einmal aufgestellt, konnte *was tun* am wenigsten die Schwierigkeiten ihrer Durchsetzung herausstellen. Das wäre als Defaitismus verstanden worden. Im Gegenteil ging es darum, auf Urabstimmung und Streik hinzuarbeiten und alles für die Durchsetzung der aufgestellten Forderungen zu tun.

Mit Argumenten unterstützte *was tun* die Arbeitszeitverkürzung, zeigte die Gesichter der Stahlkapitalisten bzw. ihrer Manager von TK-Steel, die drei von zwölf Mitgliedern im Vorstand des AGV Stahl stellen. Dort sind sie die Scharfmacher, denn hinter den Reden über „Verantwortungslosigkeit“ unserer Entgeltforderung oder der „kategorischen“ Ablehnung einer generellen Arbeitszeitverkürzung stecken die Osburg, Grolms und Denecke-Arnold. *Was tun* wies auch auf den Aufsichtsratsvorsitzenden der TK-Steel, ex-Wirtschaftsminister Gabriel, und den AR-Vorsitzenden der Thyssenkrupp AG, BDI-Präsidenten Siegfried Russwurm hin, die unsere Wochenarbeitszeit gern auf 42 Stunden verlängert hätten. Die Schatten unserer Klassengegner verhandelten in der Tarifrunde mit.

Revolutionäre Initiative Ruhrgebiet, Hamborn 18.02.2024

Grüner Stahl in Öffentliche Hand!

Extra
05.12.2023

REVOLUTIONÄRE INITIATIVE RUHRGEBIET
Was tun bei thyssenkrupp steel

Themen:

- 32 h gegen Rationalisierung
- Aus der Zeit gefallen
- Für grüne Transformation

Stahlindustrie

32-Stunden-Woche gegen Rationalisierung

Die neue IG Metall–Vorsitzende Christiane Benner befürchtet „Rationalisierungseffekte durch den Ersatz von Hochöfen durch Direktreduktionsanlagen“.

➡ Wie viele Kolleginnen und Kollegen werden in die neuen Anlagen übernommen?

➡ Wie viele Kolleginnen und Kollegen werden weiterqualifiziert?

➡ Wie viele Kolleginnen und Kollegen werden woanders hin versetzt?

Rationalisierung = Abbau

Jede neue Anlage an den Hochöfen spart mindestens die Hälfte der bisherigen Arbeitsplätze ein. Im Fall der DRA sind Kolleginnen und Kollegen von der Produktion, Steuerbühne, Beschickung, Materialplanung, Instandhaltung, IT betroffen. Das geht alle an.

Hinzu kommt die hohe Fluktuation. In den nächsten Jahren gehen viele Kolleginnen und Kollegen Jahrgang 1960 - 1965 in den Vorruhestand.

Arbeitszeitverkürzung

Christiane Benner fordert die 32-Stunden-Woche gegen Arbeitsplatzabbau. Wo sie Recht hat, hat sie Recht!

Wir müssen die 32-Stunden-Woche jetzt durchsetzen!

Die Scharfmacher der TK-Steel

„Völlig aus der Zeit gefallen“? 8,5%

„Angesichts einer zu erwartenden Inflation von unter 3 % sei zudem die Entgeltforderung von 8,5 % völlig aus der Zeit gefallen“, sagten die Vertreter vom Arbeitgeberverband Stahl in der Tarifverhandlung am 13.11.23 (Presse AGV Stahl).

Zurück was wir verloren haben

Seit wann richten sich die Kapitalvertreter nach der Inflationsrate? Gaben sie uns einen Inflationsausgleich, als die Preise durch die Decke schossen?

Wir holen uns nur zurück, was wir in der Inflation verloren und sie einkassiert haben.

Wer sind die Scharfmacher?

Im Vorstand des Arbeitgeberverbandes Stahl sitzen ein Bernhard Osburg, ein Markus Grolms und eine Dr. Heike Denecke-Arnold von der Thyssenkrupp Steel Europe AG. Mit dem Vertreter der TKS-Tochter HKM stellen sie mehr als ein Drittel im AGV Stahl-Vorstand.

Es sind also die Vertreter von TK-Steel, die behaupten, unsere Entgeltforderung sei „völlig aus der Zeit gefallen“.

Geben wir ihnen die passende Antwort und bereiten den Vollstreik vor!

www.riruhr.org

© 1. Auflage 2024